

## Kirche und Arbeiterbewegung zugleich

100 Jahre KAB Süddeutschland

*Von Hans Maier*

Die Katholische Arbeitnehmerbewegung Süddeutschlands (KAB) gedenkt ihres 100. Geburtstags. Aus kleinen Anfängen hervorgewachsen – der Gründungsversammlung vor 100 Jahren im katholischen Kasino in München wohnten laut Protokoll ganze 26 Personen bei! –, ist sie inzwischen längst ein großer Verband von fast 80 000 Mitgliedern geworden. So ist der heutige Tag ein Tag der Rückschau – Rückschau auf eine wechselvolle Verbandsgeschichte in einem Jahrhundert der Kriege und Katastrophen, der gesellschaftlichen Veränderungen und sozialen Anpassungen, des Wandels in Kirche und Staat. Noch mehr aber ist er ein Tag der Vorausschau: Wo steht die KAB heute, wohin führt ihr Weg in den nächsten Jahren, welche Zukunft hat ein Verband, der auch im zweiten Jahrhundert seiner Existenz das bleiben will, was er von Anfang an war: Kirche und Arbeitnehmerbewegung zugleich?

### I.

Die Anfänge, wie gesagt, waren klein und wenig spektakulär. Fast war die Münchner Gründung eine Verlegenheitslösung, nachdem der Versuch, einen Reichsverband der Katholischen Arbeitervereine zu gründen, 1890/91 gescheitert war. Mustert man die Teilnehmer – das Originalprotokoll ist vor wenigen Wochen im Archiv der Pfarrei Hl. Dreifaltigkeit in Kolbermoor aufgetaucht, wo es der Initiator der Münchner Konferenz, Präses Gilg, abgelegt hat –, so fällt auf, daß das linksrheinische Bayern, aber auch die Diözesen Eichstätt und Würzburg fehlten; es waren überwiegend Altbayern, auch einige Schwaben und Franken (aus Augsburg, Bamberg, Wilhelmstal) vertreten, und München stellte fast die Hälfte der Teilnehmer, 12 von 26. Aus München kam auch Lorenz Huber, Kaplan bei St. Michael und Präses des katholischen Arbeitervereins München-Innere Stadt, der sich in den folgenden Jahren zum strategischen Kopf des Verbands entwickeln sollte und den August Pieper später den »bayerischen Ketteler« genannt hat. Fast alle Teilnehmer waren Geistliche (24 von 26), es war ja eine Präsidensversammlung; neben den Arbeitervereinspräses waren auch zwei Lehrlingsvereinspräses, zwei Domkapitulare und ein Domvikar anwesend; das Laienelement war mit zwei Münchnern, einem Oberzollrat und einem Regierungsassessor noch recht schwach vertreten.

Man beschloß in München, »eine Vereinigung der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands anzubahnen« – dazu eine Statistik der Vereinsmitglieder aufzustellen und

ein Vereinsorgan herauszugeben. Die vorsichtige Formulierung zeigt, daß man sich der schmalen regionalen Basis, der Verschiedenheit und Zerstreuung der Arbeitervereine durchaus bewußt war. In der Tat gelang es der Münchner Verbandsführung nur sehr allmählich, die organisatorischen Strukturen zu vereinheitlichen – und in den außer-bayerischen Gebieten, in Württemberg, Baden, dem Elsaß, die sich dem Süddeutschen Verband anschlossen, gelang es nie. Erst 1897-1900 entstanden in den bayerischen Bistümern Diözesanverbände; später, als die Zahl der Vereine anwuchs, kamen Bezirksverbände hinzu – diese wurden bezeichnenderweise zu den eigentlichen Bindegliedern der Vereine untereinander, während eine Zentralisierung auf diözesaner oder gar über-diözesaner Ebene, in gleichen oder ähnlichen Organisationsstrukturen trotz mancher Anläufe nie zustande kam.

Es ist eine vielfältige, dezentralisierte, regional höchst unterschiedliche Vereins- und Verbandswelt, die uns hier entgegentritt. Sie wird in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg zum süddeutschen Gegenstück des 1890 gegründeten Mönchengladbacher »Volksvereins für das katholische Deutschland«. Fast prototypisch stehen sich hier der Westen und der Süden des katholischen Deutschland gegenüber: dort eine große, relative einheitliche Struktur um ein zentrales »Haus« mit Schulungen, Beratungen, Kursen, Buchverleih – hier ein lockerer Dachverband über eigenwilligen Vereinen, Bezirksverbänden, Diözesanverbänden; dort ein ausgeprägter »Arbeiterverein«, orientiert an der Welt von Industrie und Technik – hier ein Verband, der neben Industriearbeitern auch Arbeiter in ländlichen Räumen, aber auch Handwerker, Landwirte, Angestellte, kleine Kaufleute, Beamte aufnahm; dort eine systematische Schulung mit einer Fülle von Dienstleistungen (Vereinszeitschrift, Flugblätter, Broschüren), hier eine große Zahl unkoordinierter Einzel- und Hilfsmaßnahmen, differenziert nach Orten und Personen; dort eine weitgehende Emanzipation der Laien – hier das altbewährte, aus den Kolpingschen Gesellenvereinen bekannte System der geistlichen Präsidies – man könnte die Reihe fortsetzen.

Gewiß, es gab auch Gemeinsamkeiten, programmatische Übereinstimmungen. Man arbeitete zusammen beim Austausch von Literatur: die *Präsidies-Korrespondenz* des Volksvereins sah im Verbandsorgan *Der Arbeiter* die Hauptstärke des Süddeutschen Verbandes – und umgekehrt waren die Münchner für ihre pädagogische Arbeit auf Mönchengladbacher Presseerzeugnisse dringend angewiesen. Lorenz Huber, in den neunziger Jahren selbst Geschäftsführer des Volksvereins in München, erhoffte von den erzieherischen Aktivitäten der Mönchengladbacher eine Stärkung der katholischen Arbeiterbewegung im Süden. Der Volksverein drang mit der Zeit auch nach Südwesten und nach Süden vor – freilich kaum in altbayerisches Gebiet, wo er nur begrenzte lokale Geltung errang. Zu groß war die Angst der Bayern, »unter die preußische Pickelhaube zu kommen«, zu groß auch der Abstand vom Sprachstil des Volksvereins, den man als abstrakt und wenig bildkräftig empfand. Da war die vom Münchner Volksschriftenverlag verbreitete, von Hubers Nachfolger Walterbach ausdrücklich propagierte katholische Kolportage ein anderes Ding: Wer den in Einzelheften erscheinenden, fast 800 Seiten starken Roman von Graf Scherer-Boccard *Im Zeichen der Jakobinermütze. Erinnerungen aus dem Tornister eines Soldaten der Revolutionsarmee* (1903) gelesen hatte, für den nahm nicht nur die Französische Revolution, sondern auch die nachrevolutionäre Welt klare Konturen an! Und über einen Titel wie *Rote Lügen. 50 Antworten auf politische Schlagworte sozialdemokratischer Agitatoren*, erschienen in der Buchhandlung des Verbandes Süddeutscher Katholischer Arbeitervereine in München,

mochten allenfalls norddeutsche Ästheteten die Nase rümpfen; im katholischen Bayern schätzten viele eine solch direkte Sprache.

Man hat die Auseinanderentwicklung der katholischen Arbeitervereine in den neunziger Jahren – seit 1894 nahmen die Süddeutschen nicht mehr an der Generalversammlung der Arbeitervereinspräsidien teil – im wesentlichen aus drei Gründen zu erklären versucht. Erstens: der Süden sei industriell rückständig gewesen; zweitens: der Einfluß der Vogelsang-Schule habe ihn einer pragmatischen Reformpolitik entfremdet; drittens: man habe sich katholischerseits nicht auf eine einheitliche Strategie einigen können. Was die ersten beiden Thesen angeht, so sind sie nach den gründlichen Arbeiten von Hans Dieter Denk<sup>1</sup> und Dorit-Maria Krenn<sup>2</sup> zu differenzieren. Gewiß entstanden in Bayern im 19. Jahrhundert keine geschlossenen Industriebezirke von der Art des Ruhrgebiets, des Saargebiets oder Oberschlesiens, doch fehlte es nicht an kleineren Industrieräumen mit gehäuften Fabrikbetrieben (Wolfgang Zorn): Textilindustrie in Augsburg, Hof, Bayreuth, Bamberg, Kulmbach, Kaiserslautern, Ludwigshafen-Oggersheim und Kolbermoor, Bergbau in Oberbayern, in Rosenberg in der Oberpfalz und in St. Ingbert in der Pfalz, chemische Industrie in Ludwigshafen, Brauereien in München und in Franken. Später kamen neue Industriezweige hinzu: Maschinenbau in Augsburg und Nürnberg, Schuhindustrie in Pirmasens, Elektroindustrie in Nürnberg, Glas- und Keramikindustrie in Fürth, im Spessart, in der Oberpfalz, Montanindustrie in Amberg, Granitindustrie in Oberfranken, Holzverarbeitung und Bauindustrie fast in allen Teilen des Landes. Entscheidend war, daß die Industrialisierung – über Nürnberg, Augsburg, Ludwigshafen, München hinaus – in Kleinstädte und ländliche Räume vordrang. Es entstanden, ähnlich wie in Württemberg, Mischzonen, Verbindungen von Stadt und Land, dezentralisierte Formen von Industrie. Das war keine rückständige, es war eine andere Form der Industrialisierung. Sie hat ihre Dynamik langsamer entfaltet, doch gelangen ihr aufs Ganze gesehen eben deshalb dauerhaftere Verbindungen von alt und neu.

Auch die These vom dominierenden Einfluß Vogelsangs und seiner Schule im Süden ist zu überprüfen. Integralistische Strömungen gab es nicht nur in Süddeutschland: auch Windthorst, Brandts, Hitze hatten sich ihrer zu erwehren – und im Gewerkschaftsstreit vor dem Ersten Weltkrieg bildete bekanntlich die »Berliner Richtung« den äußersten rechten Flügel. Nicht alle, die den Klassenkampf ablehnten, waren Sozialromantiker und Anwälte des Ständestaates. Vor-industrielle Haltungen und Einstellungen muß man von anti-industriellen (wie sie Vogelsang tatsächlich vertrat!) sorgfältig unterscheiden. Der Süden ist in dieser Zeit schon landschaftlich, staatlich, kirchlich auf keine einheitliche Formel zu bringen; ihm kollektive Anfälligkeit für ein Programm ständischer Restauration zu unterstellen, geht an den wirklichen Verhältnissen und an der fröhlichen Theielosigkeit, in der viele Arbeiterführer lebten, gänzlich vorbei.

An einem einheitlichen strategischen Konzept aber mangelte es tatsächlich. Während der Volksverein die katholischen Arbeiter durch Bildung und Erziehung zur Selbsthilfe fähig machen und an den Staat heranführen wollte, unter Verzicht auf gewerkschaftliche Organisation und politische Aktionen, war man im Süden bereit, offensivere Konzepte der Politisierung zu entwickeln (wiederum ist der Name Lorenz Huber zu nen-

1 H.D. Denk, Die christliche Arbeiterbewegung in Bayern bis zum Ersten Weltkrieg. Mainz 1980.

2 D.-M. Krenn, Die christliche Arbeiterbewegung in Bayern vom Ersten Weltkrieg bis 1933. Mainz 1991.

nen): gewerkschaftliche Arbeit, politische Initiativen u.a. für den Arbeiterschutz standen auf der Tagesordnung. Aber die Selbständigkeit der Einzelvereine, die Grenzen zwischen den Diözesen, die Schwäche der Münchner Zentrale erwiesen sich als unüberwindliche Hemmnisse bei der Realisierung dieser Pläne. So ging wertvolle Zeit verloren: noch ehe in der Zeit nach 1900 der Gewerkschaftsstreit die deutschen Katholiken spaltete, gewannen die sozialistischen Kräfte in der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung an Boden. Es ist unter diesen Umständen erstaunlich genug, daß die christliche Arbeiterbewegung in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg zur zweitstärksten Arbeiterorganisation nach der sozialistischen im Deutschen Reich wurde und dies auch nach 1918 blieb (Dorit-Maria Krenn).

## II.

Nach dem Ersten Weltkrieg klärten sich die Fronten. Christliche Gewerkschaften waren jetzt nicht mehr umstritten, sie traten in Tarifverhandlungen als gleichberechtigte Partner neben die sozialistischen und liberalen Verbände. Zentrum und Bayerische Volkspartei wurden zu Säulen der neuen Republik. Schwerer taten sich die katholischen Arbeitervereine: Kriegs- und Inflationsverluste setzten ihnen zu – und in der Kirche schlug ihnen vielfach eine Stimmung entgegen, die auf eine »ganzheitliche«, ständenumgreifende Seelsorge zielte; Romano Guardinis Auseinandersetzung mit Carl Sonnenschein in Berlin ist ein Zeichen der Zeit. Doch man erholte sich bald: die Zeit nach 1924 wurde zu neuen Aktivitäten genutzt – Arbeiterwohnungsbau, kulturpolitische, sozialpolitische, staatsbürgerliche und religiöse Bildung, gewerkschaftliche und parteipolitische Tätigkeit. Politisch entwickelte sich der Süddeutsche Verband, der seinen Schwerpunkt nach wie vor in Bayern hatte, gemeinsam mit den Christlichen Gewerkschaften zu einem linken Arbeiterflügel innerhalb der BVP. Staatsbürgerlich stand er von Anfang an mit großer Eindeutigkeit – gegen nachklingende konservative und monarchistische Strömungen – auf dem Boden der Weimarer Reichsverfassung. Sozialethisch näherten sich die Süddeutschen in der Weimarer Zeit den alten westdeutschen Positionen, der Linie Kettlers und Hitzes – sie rückten endgültig von der anti-kapitalistischen Linie der Vogelsangschule ab und beteiligten sich auch kaum an den Diskussionen der 30er Jahre über die »berufsständische Ordnung«; auch von den Ideen religiöser Sozialisten wie Heinrich Mertens oder Ernst Michel hielten sie sich fern. Religiös bemühte man sich um eine Festkultur, in der Einkehrtage, Exerzitien, Bibelabende, Vorträge, Wallfahrten und Generalkommunionen ihren festen Platz hatten. Man suchte auch nach angemessenen Kulturformen für die Arbeiterschaft, sei es durch Sport-, Theater- und Musikveranstaltungen, sei es durch die *Feierabend*-Beilage des *Arbeiters* und den *Arbeiter-Familienkalender*, sei es durch verdienstvolle, freilich am Ende kaufmännisch gescheiterte Unternehmen wie die Möbelfabrik *Familienglück* oder die *Leofilm AG*.

Noch immer wiesen die süddeutschen katholischen Arbeitervereine – zumal in Bayern – ein breites Einzugsfeld auf, wie es einer dezentralisierten Industrielandschaft und der geringeren süddeutschen Neigung zu klassenkämpferischen Abgrenzungen entsprach. So meldete 1924 der alteingesessene Arbeiterverein in Regensburg als »wirkliche Mitglieder« u.a. Holz-, Wein-, Kohlen-, Schuh- und Glashändler, Schreiner-, Bäck-

ker-, Hafner- und Schneidermeister, Haus- und Brauereibesitzer, Verleger, Studien-, Justiz- und Archivräte, Stadtpfarrkooperatoren, Architekten, Gewerkschaftssekretäre, Gastwirte und sogar einen »Ministerpräsidenten«, nämlich Heinrich Held! (Krenn, S. 93). Ordnungsliebenden Sozialhistorikern sträuben sich bei solcher Entgrenzung des Arbeiterbegriffs die Haare. Aber war das Festhalten an einem weiten Arbeiterbegriff nicht im Hinblick auf die Zukunft sehr modern? Begann sich doch schon in den Weimarer Jahren der Arbeiterbegriff im umfassenderen Arbeitnehmerbegriff aufzulösen – und heute, da die Hausarbeit sich beruflicher Anerkennung zu nähern beginnt und die Heimarbeit im Zeichen des Computers Anschluß an industrielle Produktionsweisen gewinnt, verwischen sich die alten Grenzen ohnehin. Da war es im Jahr 1924 gewiß ein fortschrittlicher Gedanke der Regensburger, daß auch ein Ministerpräsident arbeitet.

Überhaupt war ja der Vorstoß in Randbereiche und Randgruppen der Arbeiterschaft – man denke an Landarbeiter, Staatsbedienstete, Dienstboten – eine Spezialität des Süddeutschen Verbandes. Schon 1906 war ein Verband *Süddeutscher katholischer Arbeiterinnenvereine* entstanden, »zum Schutz der Arbeiterin vor materieller und sittlicher Not und vor Verflachung von Seele und Geist«, wie es im Gründungsaufwurf hieß. Die Süddeutschen hatten damit ein bedeutendes, rasch wachsendes Potential erschlossen: der Verband war lange Zeit der einzige überregionale Zusammenschluß von Arbeiterinnenvereinen in Deutschland. In der Weimarer Zeit kam die Jungarbeiterbewegung dazu, die dem westdeutschen Modell der *Werkjugend* folgte – sie brachte neuen Schwung in das Vereinsleben, sorgte für Geselligkeit und Unterhaltung, gründete Theatergruppen und Orchester, Turn- und Sportabteilungen.

Politisch wies der Verband ein klares Profil auf, das sich gegen Ende der Weimarer Republik noch schärfer konturierte. Der *Bayerischen Volkspartei* stand man nahe, es gab Programm-Ähnlichkeiten und personelle Verflechtungen. Das schloß jedoch Konflikte nicht aus: so kritisierte die Verbandsspitze heftig die Unterstützung Hindenburgs durch die BVP bei der Reichspräsidentenwahl 1925; auch die Auflösung des Ministeriums für Soziale Fürsorge durch die Regierung Held 1928 löste Turbulenzen aus. Entspannter wirkt in den späten 20er und beginnenden 30er Jahren das Verhältnis zur SPD. Vor dem Nationalsozialismus hat der Verband von Anfang an mit drastischen Worten gewarnt: er sei eine »aus der Revolution neugeborene Sekte verantwortungsloser Menschen«, heißt es schon 1921 im *Arbeiter*; später ist die Rede von den »leeren«, »verschwommenen«, »hohlen« völkischen Phrasen der »Betteldiva Adolf Hitler«. Nach der Wahl vom September 1930, die der NSDAP den Durchbruch zur Massenbewegung brachte, sah der *Arbeiter* in prophetischen Worten die Machtergreifung voraus: »Das nationalsozialistische Programm sowie die Aussprüche der maßgebenden Parteiführer sagen es deutlich, daß es im kommenden ›Dritten Reich‹ nur eine Unterordnung und kein demokratisches Mitregieren geben kann« (Alle Zitate: Krenn, S. 293ff.). Und in letzter Stunde, im März 1933, bot der Verband noch einmal alle seine Kräfte gegen einen Staat der brutalen Gewalt auf und forderte die Bewahrung, die Wiederherstellung der Republik auf dem Boden und im Geist der Weimarer Verfassung.

So war es kein Wunder, daß der siegreiche Nationalsozialismus gegen den Verband *Süddeutscher Katholischer Arbeitervereine* massiv vorging. Der von der Verbandsleitung verschuldete Konkurs des Leohauses, der Münchner Verbandszentrale, bot den willkommenen Anlaß für einen Propagandafeldzug: »Riesenunterschlagungen bei der Münchner Zentrale der katholisch-sozialen Vereine. Tausende von kleinen Sparern um

ihr Spargroschen betrogen« – »Schwarzer Sumpf auch in München!« – wir kennen die Wirkung solcher Schlagzeilen. Zahlreiche Mitarbeiter der katholischen Arbeiterbewegung wurden schon 1933 verhaftet; im April verfügte Robert Ley das Verbot der Doppelmitgliedschaft in der *Deutschen Arbeitsfront* und konfessionellen Arbeiter- und Gesellenvereinen – womit denen, die den Austritt verweigerten, der Verlust von Rechten auf Krankengeld, Arbeitslosenunterstützung u.ä. drohte. In der Folgezeit zog sich der Verband – einer Weisung der Bischöfe folgend und dem Reichskonkordat sich anpassend – auf berufsethische Erziehung, religiöse Erbauung und sozial-caritative Betätigung zurück. Das Ende kam im Juni 1939, als die *Deutsche Arbeitsfront* den Süddeutschen Verband kurzerhand für aufgelöst erklärte.

Die katholische Arbeiterbewegung – ich blicke jetzt über den Süddeutschen Verband hinaus – hat im Dritten Reich einen hohen Blutzoll gezahlt. Viele Mitglieder sind verhaftet, verhört, verfolgt, eingesperrt, umgebracht worden. Von den Führungspersönlichkeiten Adam Birner, Nikolaus Groß, Otto Müller, Bernhard Letterhaus – nimmt man die Geistlichen hinzu, die mit den Verbänden in Beziehung standen, erhöht sich die Zahl um ein Vielfaches. Unter den verfolgten Geistlichen war auch Pater Rupert Mayer, der bis 1912 Bezirkspräses der *Katholischen Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Münchens* gewesen war und in den Weimarer Jahren, obwohl er sich damals vor allem der Seelsorge für katholische Zuwanderer widmete, Verbindung zum Süddeutschen Verband hielt.

### III.

Damit sind wir in der Gegenwart – bei den Nachkriegsentwicklungen und Nachkriegsproblemen der Katholischen Arbeitnehmerbewegung seit 1945. Ich überspringe die Epoche des Aufbaus: genug, daß 1946 der Westdeutsche, 1947 der Süddeutsche Verband neu entstanden; daß so unterschiedliche Geister wie Eberhard Welty, Gustav Gundlach und Oswald von Nell-Breuning zu den Beratern der ersten Stunde gehörten; daß beide Verbände, der gesellschaftlichen Entwicklung folgend, 1968 bzw. 1972 ihre Namen in *Katholische Arbeitnehmer-Bewegung* änderten; daß sie über zahlreiche Bildungsstätten verfügen und seit 1972 sogar über ein gemeinsames Presseorgan; und daß man ihre Verschiedenheit immer noch am deutlichsten am Verhältnis der Mitglieder zu den Vereinen ablesen kann: die KAB Westdeutschlands hat rund 220 000 Mitglieder in 1890 Vereinen, die 77 000 Mitglieder der KAB Süddeutschlands dagegen verteilen sich auf nicht weniger als 1284 Ortsverbände – man sieht, die Vereinsvielfalt im hügeligen süddeutschen Raum hat sich über 100 Jahre hin gut erhalten!

Aber nun: Wo steht die süddeutsche KAB heute? Was bringt die Gegenwart an neuen Herausforderungen? Wo hat sich die bisherige Arbeit bewährt, wo müssen neue Wege gesucht werden?

Verändert hat sich in der Nachkriegszeit das gesellschaftlich-politische Umfeld. Die Stichworte lauten: Volksparteien, Einheitsgewerkschaft, gesellschaftlicher Pluralismus. Waren in der Zeit von 1891-1933 Zentrum und BVP nicht selten in Spannung zur Katholischen Arbeiterbewegung, standen hier das Prinzip der politischen Integration mit Hilfe des Bekenntnisses und das Prinzip gesellschaftlicher Interessenartikulation einander gegenüber, so ist diese Spannung heute gemildert: In den weiten Mantelfalten der Volksparteien finden Arbeitnehmerinteressen leichter Platz, gehen freilich auch leichter

unter; die Engagements werden beliebiger, die Entscheidungsfreiheit von Fall zu Fall nimmt zu. Eine verwandte Problematik im Bereich der Gewerkschaften: Hatte die KAB (in diesem Fall: die westdeutsche) in den 50er Jahren die Gründung des DGB mitgetragen, so wandte sie sich später gegen dessen einseitige Annäherung an die SPD und hob gemeinsam mit Vertretern der evangelischen Arbeiterbewegung die *Christliche Gewerkschaftsbewegung* aus der Taufe. Doch das ließ sich nicht auf Dauer durchhalten: nach inneren Auseinandersetzungen erklärte sich die KAB als »offen« für den CGB wie für den DGB – auch hier eine Wendung von der festen Verbindung zur Option. Endlich verändert auch die Auflösung – oder doch Reduzierung – des konfessionellen Sozialmilieus und das Vordringen des gesellschaftlichen Pluralismus die Lage der KAB: es wäre heute gar nicht mehr so leicht, *die* sozialen und kulturellen Interessen *der* Katholiken zu definieren – und eine Möbelfabrik *Familienglück* würde heute vielleicht wirtschaftlicher geführt als zu Zeiten Carl Walterbachs, würde aber doch schon wegen des Namens ein kleines Lächeln auslösen.

Das führt zu den Wandlungen im kirchlichen Bereich, die einschneidender und wichtiger sind. In den letzten 20, 30 Jahren ist sich die Katholische Kirche in weit stärkerem Maß als früher ihrer Diasporasituation in der modernen Welt, zugleich aber auch ihrer missionarischen Aufgabe bewußt geworden. Sie hat erkannt, daß sie nicht mehr in einer christlichen Welt agiert, sondern in einer »reinen Welt« – daß sie wieder ebenso »Mission« ist wie in den Anfängen ihrer Geschichte. Eine erste Reaktion auf diese Erkenntnis bestand in der Rezeption »weltlicher« Ergebnisse neuerer Jahrhunderte, so z.B. der Traditionen des Verfassungsstaates, der politischen Demokratie (Leo XIII. hatte im wesentlichen nur die soziale Demokratie rezipiert), der Menschenrechte. Wie die eindrucksvolle Reihe päpstlicher Sozialenzykliken seit *Rerum novarum* zeigt, ist die Kirche auch dabei, ihre soziale Aufgabe nicht als Realisierung einer schon vorgegebenen Ordnung zu begreifen, sondern als immer neues Adjustieren an Zeitverhältnisse: Wäre es sonst möglich gewesen, nach der Problematik der Lohnarbeit die der Arbeit schlechthin, nach der Problematik moderner Industriegesellschaften die der Entwicklungsländer zur Sprache zu bringen? Katholische Soziallehre ist kein System, ihr unveräußerlicher Kern geht, nach Nell-Breunings eindrucksvoller Formulierung, auf einen Fingernagel – um so mehr Nachdenken, Initiative, Phantasie erfordert ihre zeitgerechte Umsetzung.

Hier hat das Zweite Vatikanische Konzil begonnen, die Weltaufgaben des Christen genauer in den Blick zu nehmen. Sie sind keineswegs allein, aber doch vorwiegend den Laien aufgetragen: sie haben nach *Lumen gentium* IV,33 »die Kirche an jenen Stellen und in jenen Verhältnissen anwesend und wirksam zu machen, wo die Kirche nur durch sie (sc. die Laien) das Salz der Erde sein kann«. Und hieraus, aus dem Weltendienst der Laien, ergeben sich wiederum Abgrenzungen nach der anderen Seite, zu den Priestern und Ordensleuten hin: diese können nicht die ganze Heilsmission der Kirche an der Welt auf sich nehmen; es ist auch nicht ihre (erste) Aufgabe, einen weltlichen Beruf auszuüben. Solches sollen sie den Laien überlassen, denen »der Weltcharakter in besonderer Weise eigen ist«, da sie »in saeculo« leben; sie sollen, wie ein Sauerteig, zur Heiligung der Welt beitragen; sie dienen dadurch zugleich dem Wachstum und der Heiligung der Kirche.

Im Unterschied zu einer nach innen geschlossenen Kirchlichkeit hat das Konzil die Weltaufgaben der Kirche stark betont. Und im Unterschied zu einer Auffassung, die im Laien nur den verlängerten Arm des Klerikers sah, hat es die Einheit des Volkes Gottes und den gemeinsamen Grund von Laien, Priestern, Religiösen im allgemeinen Priester-

tum der Kirche hervorgehoben. Ermächtigt sind Laien, Kleriker und Religiöse aus dem gleichen Fundament – aus ihrer Eigenschaft als Gläubige, ihrer Zugehörigkeit zur Kirche, zur *Communio* aller Getauften. Die Differenzierungen ergeben sich aus den unterschiedlichen Aufgaben, den unterschiedlichen Richtungen und Formen der Zuwendung zur Welt.

Das Konzil unterscheidet in seiner Pastoralkonstitution über die Kirche in der Welt von heute zwei Formen des Handelns von Christen: Handeln als Kirche (im Namen der Kirche) und Handeln innerhalb der Kirche (aber nicht im Namen der Kirche). Es ist ein Unterschied zwischen dem, »was die Christen als einzelne oder in Verbänden im eigenen Namen als Bürger, die vom christlichen Gewissen geleitet sind, tun, und dem, was sie im Namen der Kirche zusammen mit ihren Oberhirten tun« (Nr. 76). Diese Differenzierung legt sich nahe einmal aus der Existenz der Kirche in der heutigen Gesellschaft. Sie ist nicht mehr bestimmt durch irgendwelche, wenn auch noch so sublimierte Formen der Teilhabe an Staat und Gesellschaft wie in früheren Zeiten, sondern durch Freiheit und Eigenständigkeit gegenüber Staat und Gesellschaft. Dieses Verhältnis zum modernen säkularen Staat und zur demokratischen Öffentlichkeit verbietet es, die Kirche zum Teil des politischen Systems zu machen, zur rivalisierenden Kraft unter anderen Kräften, so als sei sie (nur) ein Verband, eine Interessengruppe, eine *pressure group*. Der spirituelle Primat der Kirche setzt gerade die Anerkennung der relativen Eigengesetzlichkeit des Zeitlichen voraus. Da das Politische der freien Initiative der Christen anvertraut ist, kann auch das kirchliche Amt nicht mehr, wie in Zeiten einer nach innen hin geschlossenen christlichen Gesellschaft, die Gesamtverantwortung für das politische und soziale Handeln der Gläubigen übernehmen; es müßte sonst fortwährend ohne politische Legitimation zu politischen Fragen Stellung nehmen. Hier liegt die Berechtigung, ja die Notwendigkeit des innerkirchlichen Pluralismus. Hier liegt die Freiheit, freilich auch die Verantwortung des Christenmenschen zur Gestaltung seiner Welt.

#### IV.

Versuchen wir aus diesen Überlegungen ein paar Folgerungen für die künftige Arbeit der KAB zu ziehen. Ich will sie um vier Stichworte gruppieren: 1. Aneignung der Demokratie; 2. Soziales Engagement für »die andern«; 3. Bildung des einzelnen; 4. Schaffung von Vertrauen.

1. Der deutsche Katholizismus verfügt aus seiner Geschichte in den letzten 150 Jahren über ein starkes demokratisches Potential. Schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts begann er, sich demokratischer Mittel – Volksversammlungen, Kundgebungen, Petitionen – zu bedienen. Das demokratische Prinzip war in der deutschen Kirche früher als in andern Ländern eine Grundlage des politischen Handelns. So war die katholische Loyalität sowohl für die Erste wie für die Zweite Republik nie umstritten.

Was dennoch, bei aller Beherrschung demokratischer Techniken, zu tun bleibt, ist die innerliche Aneignung der Demokratie. Hier geht es nicht nur um theoretische Einsichten, es geht auch um Haltungen: um die richtige Sicht des demokratischen Gemeinwesens, um die nötige Initiative, um die Fähigkeit, unsere Auffassungen den anderen verständlich zu machen.

Die pluralistische Demokratie ist kein christlicher Staat. Sie steht vielen Überzeu-



gungen und Bekenntnissen offen. Das spricht sich leicht aus, ist aber für Katholiken manchmal nicht leicht einzusehen und anzunehmen. Immer wieder ertappen wir uns dabei, daß wir vom Staat mehr verlangen, als er unter heutigen Bedingungen geben kann. Aber vor allem Verbände sollten nicht immer nach dem Staat rufen, wenn die Gesellschaft in Unordnung geraten ist. Sie sollten an sich selbst appellieren. Politik in der Demokratie ist nicht ein Einklagen von Rechten, sondern Kampf um die Formung des Gemeinwesens nach dem Entwurf, den wir für richtig halten. Das bedeutet Pflicht zur Initiative, zum Entwickeln neuer Perspektiven – eine Tugend, die auch in Verbänden nicht überall üppig gedeiht.

2. Ein zweites Stichwort: Soziales Engagement für die andern. Hier hoffe ich freilich, offene Türen einzulaufen. Hat sich die KAB nicht seit den 70er Jahren verstärkt den Ausländern, den »neuen Armen«, den Alten, den Familien zugewandt? Hat sie nicht längst die alte Beschränkung ihres sozialen Engagements auf die inländischen Arbeitnehmer überwunden? Hat sie sich nicht auf viele neue Probleme eingelassen: den Schutz des ungeborenen Lebens, den Hunger in der Welt, auf ökologische Fragen? Gewiß, die KAB hat sich geöffnet. Sie blickt über viele Zäune hinaus. Dennoch liegen ihre Leistungsprioritäten noch immer – und ganz begreiflicherweise – im Innern der Bundesrepublik, auf den Gebieten sozialer Hilfen und erzieherischer Dienste. Die Notwendigkeit der Unterstützung für die neuen Bundesländer verstärkt diesen Blick nach innen noch. Aber wir dürfen über den Sorgen im eigenen Haus die Dritte Welt nicht vergessen, von den osteuropäischen Nachbarn nicht zu reden. Wir müssen neue Kategorien entwickeln für die Not der andern. Dann relativiert sich manches an unseren Sorgen und Nöten, und wir erkennen, daß die Perfektionierung unseres Wohlstands nicht der letzte Endzweck sein kann.

3. Bildung des einzelnen – ein weiteres Stichwort. Hier liegt in den nächsten Jahren und Jahrzehnten eine wichtige Aufgabe katholischer Verbände und Organisationen. Sie müssen hier manches nachholen, manches neu lernen. Wenn der alte Halt an den Institutionen schwächer wird, gewinnt der einzelne an Bedeutung. Wenn die Welt komplexer, unübersichtlicher wird, so muß man ihm Augen und Ohren, Organe der Unterscheidung und Orientierung, einpflanzen. Wir haben in der katholischen Welt immer noch – und erfreulicherweise – eine ausgeprägte Kultur des Sozialen. Sie wäre zu ergänzen durch eine Kultur der Individualität. Auf neue Herausforderungen muß rasch, zuverlässig, intelligent reagiert werden, wir dürfen nicht nur Gruppen schulen, wir müssen auch Einzelkämpfer ausrüsten. Das gilt für Politik und öffentliches Leben, es gilt aber ebenso für weite gesellschaftliche Bereiche, in denen die katholische Präsenz zu wünschen übrigläßt – Kunst, Theater, Film, Medien, Musik, Literatur.

4. Endlich die Schaffung des für die Gesellschaft unentbehrlichen Vertrauens. Sie ist heute eine fundamentale Aufgabe für alle Kräfte in Staat und Kirche – auch und vor allem für die katholischen Verbände. Lassen sie mich zum Abschluß sagen, weshalb.

An Vertrauen fehlt es in unserer Gesellschaft sehr – wir sehen es in den alten, noch mehr in den neuen Bundesländern. Vertrauen wird aber gebraucht; keine Gesellschaft kann ohne diesen Vorrat leben. Vor allem die Politik braucht Vertrauen. Denn sie muß Schritte in eine noch offene, nie gänzlich überblickbare Zukunft tun. Politik ist Wegesuchen im Ungewissen. Sicherheit im voraus hat der Handelnde nie. Manchmal genügt die Orientierung am Vertrauten – dort nämlich, wo schon Erfahrungen gemacht und Gewohnheiten gebildet sind. Öfter aber muß ein Wagnis eingegangen werden – dann

genügt der Rückgriff auf Vertrautes nicht mehr, dann ist es allein der Vorgriff des Vertrauens, der Zukunft erschließt.

Von Lenin – einem heute weniger bewunderten Mann – stammt der Satz »Vertrauen ist gut – Kontrolle ist besser«. Leider enthält er nur eine Halbwahrheit. Kontrolle ist ja im demokratischen Rechtsstaat wahrhaftig kein Fremdwort, eine zweihundertjährige Entwicklung hat dazu geführt, daß der Naturstand des Politischen mit wirksamen Sicherungen umgeben wurde – mit Kontrollfristen, Rechenschaftspflichten, Prüfungen, Revisionen sonder Zahl. Warum ist dennoch der Ertrag so gering, warum herrscht so wenig Vertrauen in der Gesellschaft, warum ist insbesondere der Vertrauensverlust der Politik beim Publikum so groß?

Mir scheint, daß man allzulange fast ausschließlich auf *äußere* Sicherungen vertraut hat, und in der Tat: Was der Verfassungsstaat an äußeren Kontrollen zu bieten hat, das ist längst ausgereizt. Die Sorgfalt der Überwachung, die Detailgenauigkeit der Regelungen, das reichlich vorhandene öffentliche Mißtrauen – das alles droht heute eher zum Stillstand als zur wirklichen Kontrolle der Politik zu führen. Wo aber bleibt die Verantwortung des Politikers vor Gott und dem Gewissen? Ist sie nicht zu einer fast ohnmächtigen Beschwörungsformel geworden? Wäre nicht heute innere Kontrolle, Gewissensbildung, ein Geist des verantwortlichen Wagnisses wichtiger als äußere Mechanismen? Müßte sich nicht eine Vertrauensrelation zwischen Bürgern und politisch Handelnden daraus neu entwickeln?

Der kleine Katalog von Desideraten, Wünschen und Aufgaben mag zeigen, wo heute Ansatzpunkte liegen für das Wirken katholischer Verbände in Staat und Kirche. Hier stellt sich eine Vielzahl von Aufgaben für die kommende Zeit – an Arbeit wird es der KAB auch in den nächsten hundert Jahren nicht fehlen! Aber das Werk lohnt auch die Mühe. Und aus der Geschichte ziehen wir Ermutigung. Packen wir also die Arbeit an ohne Umschweife und mit fröhlichem Herzen, getreu dem Wort Adolf Kolpings, an dessen Gesellenvereinen sich die Arbeitervereine vor 100 Jahren orientierten: »Wer Gutes unternimmt mit Vertrauen auf Gott, hat doppelten Mut.«

## Die Weltkriegserfahrung des Klerus in seiner Bedeutung für das Dritte Reich

Beobachtungen zum Kirchenkampf

*Von Ludwig Brandl*

In den letzten Jahren richtete die Forschung ihr Augenmerk verstärkt auf die Rolle des Klerus in der Geschichte. Hierbei wurden sozial- und mentalitätsgeschichtliche Aspekte in zunehmendem Maße einbezogen. Von Interesse sind außerdem das Selbstverständnis des Klerus sowie seine Herkunft bzw. Ausbildung. In der zweiten Hälfte des 19. und der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde der geistliche Nachwuchs in den Seminaren teilweise recht isoliert erzogen. Derjenige Teil der Theologen, der zu Beginn des